



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Zeitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitragsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Die schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung und des planmäßigen Wollens und Erkennens. (I). — Das tragische Ende des Streites in der Landshuter Papierwarenfabrik Smorowski u. Schmalz. — Heirat! — Feuilleton: Vom sozialen Verständnis Schillers. — Rundschau. — Abrechnungen. — Anzeige.

Beilage: Behördliche Maßnahmen bei Streik — im eigenen Interesse der Streikenden. — Klagende Hände! (II). — Rundschau.

Für die Woche vom 24. bis 30. November cr. ist die Beitragsmarke in das mit 48 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Bur Beachtung!

Die Kollegenschaft in Karlsruhe i. B. befindet sich infolge beharrlicher Weigerung der Prinzipale, in Tarifverhandlungen einzutreten, schon die vierte Woche im Ausstande.

Sämtliche Karlsruher Buchdruckereien sind daher für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt!

Zug von Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen ist strengstens fernzuhalten!

Auf der Reise befindliche Kollegen erhalten in Karlsruhe bis auf weiteres keine Unterstützung.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung und des planmäßigen Wollens und Erkennens.

I.

Die Organisation der proletarischen Massen.

Mit dem machtvoll emporstrebenden Kapitalismus, der eine ungeheure Zusammenziehung proletarischer Massen zur Folge hatte, Massen, die in steter Zunahme begriffen sind und denen nichts verblieb als ihre Arbeitskraft, erwuchs zugleich die moderne Arbeiterbewegung. Sie wurde der Träger des organisierten Klassenkampfes des entrechteten, gedrückten und ausgebeuteten Proletariats; sie erforderte aber schon deshalb weitblickender Organisationskräfte, die nicht nur dazu befähigten, dem Willen des Proletariats einheitlichen Ausdruck zu verleihen, sondern die auch dazu befähigten, die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung vor ersten Erschütterungen zu bewahren und sie der Entwicklungsstadien des Kapitalismus anzupassen. Je mehr es sich herausstellte, daß aus dem Pro-

letariat zahlreiche befähigte Führer erstanden, um so mehr richtete sich der Haß und die Verfolgungswut der kapitalistischen Gesellschaft gegen die Führer der modernen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterführer wurden für die Erschütterungen des Wirtschaftslebens und für die Erregung der politischen Leidenschaften verantwortlich gemacht, sie waren die „gewerksmäßigen Hezer“, die mit vollem Bewußtsein erst die Unzufriedenheit unter die Arbeiterschaft getragen haben — natürlich nur aus reiner Freude an „gewerkschaftlichen Machtproben mit politischem Hintergrund“.

Dabei wissen die Intriganten der kapitalistischen Gesellschaft sehr wohl, daß der Klassenkampf und die Arbeiterbewegung nicht künstlich gemacht worden sind und nicht künstlich gemacht werden konnten. Sie wissen es auch und haben es zu ihrem großen Leidwesen beim Fall des Sozialistengesetzes erfahren müssen, daß der organisierte Klassenkampf des Proletariats die bedeutendste Folgeerscheinung der kapitalistischen Entwicklung, der großindustriellen Waren- und Weltmarktproduktion, der imperialistischen Beute- und Wirtschaftspolitik geworden ist. Die Unternehmerprofite, der Handelsgewinn und Weltmarktpolitik sind nicht möglich ohne Massenverarmung, Massenausbeutung und Massenelend. Massenausbeutung und Massenelend aber schaffen Unzufriedenheit, Gährung und Empörung, die mit Macht zur Organisation drängen, da sie einheitlichen Ursachen und Voraussetzungen entspringen. Es ist zuerst die Forderung einer menschenwürdigen Existenz, die die Massen zu einheitlichen Aktionen vereint, und durch diese einheitlichen Aktionen wiederum wird dann die Aussicht auf endliche Befreiung vom kapitalistischen Joch und Lohnsystem durch Herbeiführung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel eröffnet. Daß aber die Durchführung dieser Massenaktionen organisatorische Fähigkeit und hohe Intelligenz erfordert, versteht sich von selbst; und daß sie bei der modernen Arbeiterbewegung im reichen Maße vorhanden sind, bezeugen die schnellen Fortschritte, die sie zu verzeichnen hat. Es gehört aber zu der niedrigen Kampfweise der kapitalistischen Massen, die Dinge auf den Kopf zu stellen und einen Selbstzug der Verleumdung und der Provolation gegen die Organisatoren des proletarischen Massenkampfes zu führen, um möglichst einen steil zwischen Führer und Massen zu treiben.

Wenn trotzdem die moderne Arbeiterbewegung machtvoll geblüht, so ist das ein schließlicher Beweis für die innere Kraft und für das folgerichtige Klassenbewußtsein des Proletariats, für die notwendige Uebereinstimmung und den einheitlichen Willen zwischen Massen und Führer. Diese folgerichtige Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit der Organisation der proletarischen Massen ist auch von einsichtigen Vertretern des Bürgertums, ja selbst von Vertretern und Organen der Unternehmerverbände zugegeben und anerkannt worden. So schreibt Dr. Karl Ruser im Juli 1908 in der Fachzeitung *Bitume*, Organ mehrerer Unternehmerverbände,

nachdem er die zahlenmäßige Stärke und Bedeutung der freien Gewerkschaften dargetan hatte: „Es wäre töricht, wollten wir uns über die Fülle von Macht täuschen, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt, aber hinter ihnen steckt noch mehr, was vielleicht nicht so leicht sichtbar wird, was aber deshalb nicht weniger von Bedeutung ist. Organisationen von dieser Ausdehnung zu schaffen, sie auszubauen, sie zu leiten, setzt eine treffliche Intelligenz, setzt die schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung, des planmäßigen Wollens und Erkennens in bedeutendem Maße voraus, Eigenschaften, auf die stolz zu sein die Lohnarbeitererschaft allen Grund hat...“

Hier wird die Macht der Arbeiterbewegung und die ihr innewohnende Intelligenz und Disziplinierung, wird die zu ihrer Leitung notwendige schöpferische Fähigkeit der Organisation unumwunden anerkannt. Die Ausführungen Dr. Rusers sind getragen von dem Willen, die Organisationen der Arbeiter zur gerechten Mitwirkung bei der Festlegung des Arbeitsvertrages heranzuziehen, weil sich die Aussichtslosigkeit herausgestellt hat, die Mitwirkung solcher gewaltiger Faktoren im wirtschaftlichen und politischen Leben auszukasteln oder gar zu vernichten. Dazu macht der Verfasser noch folgende Ausführungen:

„Diese Daten sollen ein kleiner Beitrag für die Notwendigkeit der Organisation der Unternehmer sein. Freilich nicht etwa zu dem Zwecke, um die Organisationen der Arbeitnehmer zu vernichten; solche Absichten lehnen wir als aussichtslos und verderblich von vornherein ab, wir erblicken vielmehr gerade in dem Bestehen großer und starker Organisationen beider am Arbeitsprozeß mitwirkender Faktoren die einzige Möglichkeit, um zu dem relativen Frieden zu kommen, der überhaupt im Zeitalter des Klassenkampfes denkbar ist.“

Der Verfasser lehnt die Absichten der Scharfmacher, die Gewerkschaften zu vernichten, als verderblich ab, weil es sich in der Tat für den Profit und Bestand der deutschen Industrie als verderblich erwiesen hat, Arbeitskämpfe in reine Machtkämpfe anzusetzen zu lassen. Hier ist also in erster Linie die gemachte Erfahrung und die Rücksichtnahme auf die Unternehmerinteressen maßgebend für das günstige Urteil über die schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung und des planmäßigen Wollens gewesen. Weit wichtiger aber ist es, wenn sich die Vertreter auswärtiger Gewerkschaften, die bisher einer anderen Methode folgten, zu der schöpferischen Fähigkeit und dem planmäßigen Wollen in der Leitung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bekennen. So hatte die belgische organisierte Arbeiterschaft vor einiger Zeit mehrere Gewerkschafter zu einer Studienreise nach Deutschland abgeordnet, über deren Ergebnis J. Delwigne in einem belgischen Arbeiterblatt jetzt u. a. sagt:

„Die auf Anregung unseres Freundes Henri Deman von den meisten der ständigen Sekretäre unseres Landes unternommene Reise nach Berlin

zum Studium der gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen hat in der belgischen Gewerkschaftsbewegung unbestritten einige Veränderungen hervorgerufen. Von Deutschland durch die Sprache getrennt, wußten wir nichts von der erstaunlichen Bewegung, die sich dort entwickelte. Aber dank unserem Freunde Deman hat fast die Gesamtheit unserer Sekretäre Gelegenheit gehabt, selbst an Ort und Stelle die kolossalen Arbeiterorganisationen jenseits des Rheins funktionieren zu sehen. Für die meisten war das eine Entdeckung, die Enthusiasmus und eine gewaltige Glaubenserneuerung hervorrief und, wenn unsere Kameraden ihren Kampfpfeilen wieder einrichten werden, sie auch innerlich umföden wird. Indem sie die Enge eines kränkelnden Lokalismus verlassen, sind sie zu überzeugten Zentralisten geworden, und sie werden auch die eifrigen Apostel der neuen Methode sein."

So beginnt auch bereits der zur Unfähigkeit verurteilte "kränkelnde" Lokalismus und Syndikalismus, sich zu den Methoden der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu bekennen, und es mag die organisierten Arbeiter zu weiterer gemeinsamer und unermüdlicher Arbeit anspornen, daß dem planmäßigen Wollen und der notwendigen Uebereinstimmung zwischen Massen und Führern von den verschiedensten Seiten volle Anerkennung zuteil wird.

Das tragische Ende des Streikes in der Landshuter Papierwarenfabrik Smorowski u. Schmalix.

In zäher Ausdauer und im vollen Bewußtsein ihres endgültigen Sieges stand seit sechs Wochen das Buchbinderpersonal wie die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen geschlossen wie am ersten Tage im Kampfe mit einem Unternehmer, der als Schüler der Landshuter Scharfmacher das Meißzeugnis erwerben sollte. Selbst noch nicht allzulange Mitinhaber der Firma, hat Herr Bruno Kratsch, so heißt der eble Scharfmacherkämpfe, es verstanden, den ehemaligen Chef nebst seinem Sohn, die beiden Smorowski, zur vollständigen Bedeutungslosigkeit zu degradieren.

Maßregelung und Legung eines neuen Bodens hieß die Parole, die Herr Kratsch von den Scharfmachern empfangen und durchzuführen hatte — der Arbeiter und Arbeiterinnen Gegenparole lautete: „Freies Koalitionsrecht und tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf annehmbarer Basis zur Sicherung des Friedens in der Fabrik“. Vom ersten Tage des Kampfes an war die Arbeiterschaft bemüht, durch gütliche Verhandlungen eine Verständigung in dem Konfliktfalle herbeizuführen. Aber Herr Kratsch wollte keine Verständigung, bedingungs-

lose Unterwerfung forderte er, er wollte mit dem Glorienschein eines despotischen Fabrikpachas und unter Wahrung des Standpunktes — „des Herrn im Hause“ — beglückwünscht, sich im Kreise der edlen Scharfmacherzunft einen Namen machen. Alle gut gemeinten Ratsschläge sowohl des Herrn Bürgermeisters von Landshut, wie des Kreisvertreter der Buchdruckprinzipsale und selbst die vom Tarifamt empfohlenen Ratsschläge zur Vermittlung wurden von Herrn Kratsch in der diese Instanzen verlegenden Form zurückgewiesen. Selbst das Tarifamt der deutschen Buchbinder hat diesen Streit als berechtigt anerkannt, aber vergebliche Mühe wäre es gewesen, von einem Herrn Kratsch zu verlangen, Recht von Unrecht unterscheiden zu können. Wer nun aber kein Recht auf seiner Seite, hat auch keine Sympathie der Öffentlichkeit auf seiner Seite und niemand hat sich diese mehr versichert als Herr Kratsch. Das schlimmste an der Sache war, daß er, der das Jopier in dieser Firma schwang, am wenigsten zu verlieren hatte, die finanziell am stärksten in dieser Firma engagierten Personen sahen ja ganz wo anders. Ob sie von dem Tun dieses Herrn wahrheitsgemäß immer unterrichtet waren und sein Treiben billigten, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Jedenfalls fühlte er sich als unumschränkter Herrscher und handelte darnach. In sämtlichen Offertenblättern der Papierindustrie und in allen den Streikbrecherinformatoren zugänglichen Tageszeitungen suchte er Arbeitswillige für dauernde Beschäftigung, hohen Lohn und gute Behandlung. Es war ihm auch vollständig gleichgültig, wer sich auf diese Offerten meldete. Hotelbesitzerinnen und Zimmermädchen, Kellner und Baurernteichte, Dienstmädchen und Herrschaftsdienere, kurz Angehörige aller Branchen, die sich nur denken lassen, wurden von Herrn Kratsch engagiert, und zu hundertern gingen seine Engagementsbriefe in die Welt, wohl verschwiegen in jedem, daß die Stellen-suchenden ihren eigenen um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen sollten. Der Winter mit all seinen Schreden stand vor der Tür und es war kein Wunder, daß die Leute truppweise mit Sad und Pack in Unkenntnis der Sache nach Landshut kamen. Zur Ehre der Arbeiter sei es aber gesagt, daß nur ganz wenige sich dazu hergaben, Verräter an ihren Mitmenschen zu werden, sondern nach Kenntnis der Situation, allerdings unter Verwünschungen für Herrn Kratsch, wieder Landshut verließen. Allein in den letzten vier Wochen waren es 116 Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf solche Weise von dem Herrn nach Landshut gelockt wurden und von den Organisationen mit deren Mitteln wieder zurückgeschickt wurden. Unerhört muß man es nennen, wenn selbst Leuten, die in festen Stellungen waren, verschwiegen wurde, als was sie gebraucht werden sollten.

Bis Sonnabend, den 9. November, war es so Herr Kratsch gelungen, mit seiner Schwesler, die ebenfalls Arbeitswilligendienste verrichtete, ungefähr die Hälfte der Ausständigen durch Streikbrecher zu ersetzen. Das hinderte aber diesen Herrn absolut nicht, in der „Landshuter Zeitung“ und im „Niederbayerischen Kurier“ am 11. November ein Eingekandt zu veröffentlichen, wo er der Öffentlichkeit erklären ließ, daß der Streik in seiner Firma beendet, daß seine früheren Arbeiter und Arbeiterinnen durch umorganisiertes, geübtes Personal ersetzt und der Betrieb wieder voll aufgenommen sei. Lediglich — hieß es am Schluß der Zuschrift des Herrn Kratsch an die beiden Zeitungen — „ein paar entlassene Arbeiter, welche als Streikposten vor unserem Hause auf- und abmarschieren, erinnern daran, daß eine Arbeiterbewegung statgefunden hat. Zu diesen gesellen sich ab und zu einige Rowdys, welche unsere Leute in fleghafter Weise belästigen.“ Ob Herr Kratsch wirklich eine Ahnung gehabt hat, daß die Bewegung, noch bevor die Abonnenten dieser Zeitungen dieselbe überall am Tische hatten, beendet sein wird? Wir glauben es nicht, denn noch am Vormittag schickte er ja seinen Reisenden, der während der Bewegung als Pader funktionierte, Herrn Guido Scheel, mit einem Lehrling zu allen Heimarbeiterinnen, um diese zu veranlassen, für einen Stundenlohn von 30 Pfennig in die Fabrik zu gehen. Nein, er wußte es nicht, denn er erwartete hohen Besuch und um jeden Preis sollte derselbe sehen, daß die Fabrik voll besetzt sei. Sein löbliches Tun gelang ihm allerdings nicht mehr. Die, die nachmittags um einen Zubaslohn Herrn Kratsch retten sollten, fanden keine Arbeit mehr vor, sondern nur einen rauchenden Trümmerhaufen anstelle der ehemaligen Papierwarenfabrik. Ein Teil der Arbeitswilligen, die unter dem Schutze des Kratsch ja tun und treiben durften, was sie wollten, blieben, um mit den Streikposten nicht in Berührung zu kommen, mittags in der Fabrik, darunter ein junger Mann, der geistig nicht normal ist. Um 1/2 Uhr schlugen aus dem ersten Stockwerk der Fabrik lichterloh die Flammen, und wie jetzt bereits amtlich festgestellt worden sein soll, ist das Feuer lediglich durch die Fahrlässigkeit der Arbeitswilligen entstanden.

Niemals wurde es den früheren Arbeitern gestattet, mittags in der Fabrik zu bleiben, und hier ließ der Herr Kratsch es zu, daß Leute, die die Feuergefährlichkeit einer solchen Fabrik gar nicht kennen, ohne jede Aufsicht selbst am Gasofen hantieren durften. Die Folgen dieser Fahrlässigkeit waren bedauerlich und schrecklich. Bis die Feuerwehr und Herr Kratsch selbst nur eintrafen, hatte das Feuer schon so stark um sich gegriffen, daß vom Betrieb selbst nichts mehr zu retten war. Gut ist es ja, wenn, wie die Zeitungen schreiben,

Vom sozialen Verständnis Schillers. *)

Zu seinem Geburtstag am 10. November.

Wir haben schon hervorgehoben, daß Schiller noch keine klare Vorstellung von den ökonomischen Grundfragen aller historischen Entwicklung hatte und haben gezeigt, wie gerade dieser Mangel es war, der nicht zum wenigsten seine Verständnislosigkeit der großen französischen Revolution gegenüber erklärt. Dennoch hat derselbe Schiller wiederholt diese ökonomischen Zusammenhänge, wie möchten sagen: intuitiv empfunden und es gibt Stellen bei ihm, in denen er, um es einmal drastisch auszudrücken, ökonomisch „Marx vorgeahnt“ hat. Und es erinnert direkt an Lassalles domierendes Formwort von der „verbannten

*) Wir entnehmen dies Kapitel Konrad Haentisch' neuer Darstellung der Beziehungen Schillers zur modernen Arbeiterklasse, die soeben unter dem Titel: „Schiller und die Arbeiter“ als Heft 6 der vom Genossen Grundwald in unserem Dresdener Parteiverlage herausgegebenen „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“ erschienen ist.

Bedürfnislosigkeit“ der deutschen Arbeiter, wenn Schiller seinen „Menschenfeind“ von Gutten zu den Armen, die ihm von ihrer Zufriedenheit mit ihrem Lose gesprochen haben, sagen läßt:

„... Euer eigen Geständnis spricht euch das Urteil. Diese Genügsamkeit beweist mir, daß meine Arbeit an euch verloren ist. Hättet ihr etwas an eurer Glückseligkeit vernichtet — es hätte euch zum ersten Male meine Achtung erworben.“

Wie durchaus sozialistisch gedacht sind auch die folgenden Schillerworte:

„Der zahlreichere Teil der Menschen wird durch den harten Kampf mit dem physischen Bedürfnis viel zu sehr ermüdet und abgepaunt, als daß er sich zu einem neuen und inneren Kampfe mit Wahnbegriffen und Vorurteilen aufraffen sollte. Das ganze Maß seiner Kraft erschöpft die Sorge um das Notwendige, und hat er dieses mühsam errungen, so ist Mühe und nicht neue Selbstarbeit sein Bedürfnis. Zufrieden, daß er selbst nur nicht denken darf, läßt er andere gern über seine Begriffe die Vormundschaft führen und erspart sich durch eine blinde Resignation in fremde Weisheit die saure Notwendigkeit der eigenen Prüfung. Geschieht es, daß in seinem Kopf und Herzen sich höhere Bedürfnisse regen, so ergreift er mit

hungrigem Glauben die Formeln, welche der Staat und das Priestertum für diesen Fall in Bereitschaft hatten und womit es ihnen von jeher gelungen ist, das erwachte Freiheitsgefühl ihrer Mündel abzufinden. . . . Man wird daher immer finden, daß die gedrücktesten Völker auch die borniertesten sind. Daher muß man das Aufklärungswerk bei einer Nation mit Verbesserung ihres physischen Zustandes beginnen. Erst muß der Geist vom Joche der Notwendigkeit losgespannt werden, ehe man ihn zur Vernunftfreiheit führen kann. Und auch nur in diesem Sinne hat man recht, die Sorge für das physische Wohl der Bürger als die erste Pflicht des Staates zu betrachten. Wäre das physische Wohl nicht die Bedingung, unter welcher allein der Mensch zur Mündigkeit seines Geistes erwachen kann, um seiner selbst willen würde er bei weitem nicht soviel Aufmerksamkeit und Achtung verdienen. Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat; aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll. . . . Und der Würde des Menschen willen darf seine materielle Existenz nicht in Gefahr geraten.“

Denselben Gedanken hat Schiller in der „Würde des Menschen“ sehr schön so ausgedrückt:

die Firma hoch versichert ist, aber ganz wird der Schaden nicht zu decken sein. Seine Schützlinge, die er zur Durchführung seiner scharfmacherischen Pläne liebevoll in seine Arme schloß und die nur aus Fabrikfähigkeit seine Fabrik dem Feuer weihen, werden kaum zur Deckung des Schadens mit herangezogen werden können, und so bliebe also nichts übrig, als daß Herr Kratsch, dessen System ja mehr oder weniger Schuld an der ganzen Katastrophe ist, für das Unheil, das durch seine Lieblinge angerichtet wurde, finanziell mit herangezogen würde. Ein Glück für die Ausständigen, daß das Feuer mittags und nicht nachts ausgebrochen, und daß die Entschädigung so ziemlich einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Zuförder hätte man sonst die ehrsüchtigen Arbeiter und Arbeiterinnen verdächtigt, die Ursache des Brandes gewesen zu sein.

Der Streit ist nun beendet. Unsere Kollegen und Kolleginnen werden ja zum größten Teil anderwärts untergebracht, denn in Landshut selbst hat Herr Kratsch das gemeinste Mittel der Scharfmacher angewendet und durch Herausgabe von schwarzen Listen den Streikenden jede Möglichkeit genommen, in einer Fabrik Arbeitsmöglichkeit zu finden. Ehrliche gewissenhafte Arbeiter werden von so einem Manne verschmätzt — Arbeiterverrätern öffnet man willkommen die Tore der Fabrik! Ob Herr Kratsch nun beim Anblick des Trümmerhaufens nicht doch noch zur besseren Auffassung kommt, daß sinnlose Scharfmacherei nie und nimmer einen Segen weder für das Gewerbe noch für den einzelnen Betrieb bedeutet!

Ich heirate!

Wie oft hört man, wenn man unter den lebigen Arbeiterinnen für den Anschluß an die Berufsorganisation agitiert, die Entgegnung: „Ach, was soll ich denn im Verband? Ich heirate ja bald und dann gebe ich die Arbeit doch auf.“ Es ist den jungen Arbeiterinnen gewiß nicht zu verdenken, wenn sie sich der schönen Illusion hingeben, die Ehe sei eine Versorgungsanstalt, ein schützender Hafen, in dem sie ihr Lebensschifflein für immer bergen können. Ach, wenn dem nur so wäre! Leider aber reden die Tatsachen eine andere Sprache und die nackte Wirklichkeit greift sehr oft mit knöcherner Faust rücksichtslos und unerbittlich in den lieblichen Mädchentraum und reißt ihn auseinander. Nur allzuvielen der Jungvermählten mußten die bittere Erfahrung machen, daß auch die Frau mit beitragen muß zum Lebensunterhalt, sollen nicht die Daseinsbedingungen auf die tiefste Stufe herabgedrückt werden. Und in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Krankheit des Mannes liegt in der Regel die ganze Last des Unterhaltes auf den Schultern der Frau. Der Mann als „Ernährer“ der Familie kommt seit langem nur noch in bedingter Weise in Betracht.

„Nicht mehr davon — ich bitt euch! Zu essen geht ihm, zu wohnen. Habt ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.“

Mit ein wenig anderen Worten sagt das alles Karl Marx auch und es ist wirklich nicht schwer, jenen Schiller des ästhetischen Idealismus, den wir im vorigen Kapitel behandelt haben, zu schlagen mit diesem Schiller der sozialen Erkenntnis. Schade eben nur, daß diese soziale Erkenntnis bloß hier und da blickartig bei Schiller aufleuchtet, daß er sich aber alles in allem doch immer mehr in jene „idealistische“ Auffassung verrannte, nach der „die Schönheit der Freiheit vorangehen“ müsse.

Wie der sozialen Bedingtheit des politischen und geistigen Glanzes der Völker, so ist Schiller auch dem hiermit ja im engsten Zusammenhange stehenden Begriffe der Entwicklung gegenüber keineswegs ganz blind, wenn er es allerdings auch hier ebenfowenig zu einer klaren theoretischen Einsicht und zu einer scharfen Formulierung dieses Begriffes gebracht hat, wie zu einer bestimmten Herausarbeitung des Massengebaltens. Dennoch klingt es abermals wie eine erste unbestimmte Vorahnung moderner sozialistischer Gedanken, wenn Schiller in seinem Versuche über „Die erste Menschengesellschaft, nach dem Zeitfaben

„Dann brauche ich doch nicht zu heiraten, wenn ich nachher auch noch mitverdienen soll!“

Wie stolz das klingt! Viele haben es nachgesprochen, gedankenlos und nachher, als das unerbittlich-starre „Muß“ an sie herantrat, von selbst schon wieder und resolut zugegriffen und unbedroffen mitgeschafft. um den Wirtschaftsetat belanzieren zu können. Wenn man jung und sorgenlos ist, sieht die Sache eben anders aus als nachher, da Sorge und Pflicht mit Zentnerschwere auf den Schultern drückt. In der Jugend schmerzt die Geißel des Kapitalismus gewöhnlich noch nicht derart, daß daraus von selbst die Erkenntnis reifte: Du mußt dich mit deinen Leidensgenossen und -Genossinnen verbinden, nur dann seid ihr eine Macht und könnt etwas ausrichten. Noch schimmert die Welt so rosig, noch hängt der Himmel voller Geigen — ach, wie bald wird der Luft ein Ende gemacht. Diese Erfahrung kann man nicht nur im gewerkschaftlichen Leben machen. Wer die politischen Veranstellungen kennt, weiß, daß die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmerinnen verheiratete Frauen sind. Für die Lesenden trifft das gleiche zu.

Woran es liegt? Zum Teil daran, daß eben die weibliche Jugend sich schwerer für ernste Fragen interessieren läßt. Erziehung, Tradition, Vorurteil usw. spielen hierbei eine herbvorrangende Rolle. Nicht zum wenigsten aber auch die Gleichgültigkeit vieler „Bräutigams“, die selbst politisch und gewerkschaftlich organisiert, das selbe für ihre zukünftige Lebensgefährtin nicht für nötig halten. Die Folge davon sind sehr oft Differenzen, die wegen der Beteiligung an der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit und wegen der Beiträge entstehen — alles Dinge, die die unaufgeklärte Frau für überflüssig und schädlich hält. Was in der Brautzeit leicht gefallen wäre, fällt nachher schwer. Es müßte doch mit dem Keufel zugehen, wenn es einem überzeugten Genossen und Gewerkschafter nicht gelingen sollte, seine Braut von dem Werte und der Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit zu überzeugen.

Sehr oft kommt die bittere Einsicht erst, wenn die Arbeiterin zum zweiten Mal, als Gattin und Mutter, hinausgetrieben wird in den todbenden Existenzkampf. Dann bricht der Traum von dem sicheren Hafen jäh in Scherben. Und der grausame Hohn auf unsere christliche, von Gott gewollte Gesellschaftsordnung zeigt sich besonders in dem Umfange, daß, je größer die Kinderzahl, je notwendiger die mütterliche Aufsicht ist, um so mehr die Mutter zur Mitarbeit getrieben und der häuslichkeit entzogen wird. Ja, bis hinein in die mittleren Schichten des Bürgertums greift dieses Uebel bereits. Die Frauenarbeit nimmt erschreckend zu. Je schlechter die Zeiten, je größer die Verarmung, um so gewaltiger wächst die Flut der arbeitenden Frauen. 1907 waren in der Zu-

der mosaischen Urkunde,“ (ein Versuch, der nach den gewaltigen Errungenschaften gerade der Geschichtsforschung im letzten Jahrhundert, als ganzes uns heute natürlich ein wenig naiv anmutet); es klingt, sagen wir, abermals wie eine Vorahnung moderner sozialistischer Gedanken, wenn Schiller in diesem Versuche von dem „ersten Unterschiede der Stände“ Sätze schreibt wie die folgenden:

„Der Reiche wurde immer reicher durch des Armen Fleiß; seinen Reichtum zu vermehren, vermehrte er also die Zahl seiner Knechte; viele also sah er um sich, die minder glücklich als er waren, viele hingen von ihm ab. Der Reiche füllte sich und wurde stolz. Er fing an, die Werkzeuge seines Glücks mit Werkzeugen seines Willens zu verwechseln. Die Arbeit vieler kam dem Einzigen zugute. Also schloß er, diese Vielen seien des Einzigen wegen da . . . Das Recht des Stärkeren kam auf, Macht berechnete zur Unterdrückung und zum ersten Male zeigten sich Tyrannen . . . Das Glück führte den Reichen zum Müßiggang, der Müßiggang führte zur Lasterhaftigkeit und endlich zum Vaster . . . Die Tochter seines Knechts war ihm zur Gattin zu niedrig, aber zur Verbiegung seiner Lüste war sie doch zu gebrauchen.“

In nobler Form, in der Sache aber ziemlich

dustrie 2103024, in Handel und Verkehr 931 373 weibliche Erwerbstätige.

Groß ist die Zahl der geschiedenen und verwitweten Frauen; auch eine drohende Mahnung, sich nicht sorglos auf die Eheversicherung zu verlassen. Die Tatsachen zeigen, daß hierauf kein sicherer Verlaß ist, die beste Gewähr für eine bessere Zukunft bildet einzig und allein der einmütige Zusammenschluß der arbeitenden Frauen in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Wohl ist schon eine stattliche Schar Frauen organisiert; noch aber stehen Hunderttausende außerhalb der Organisationen, hilflos, ohne Rat und Stütze jeglicher Willkür ausgeliefert.

„Warum sind Sie nicht vorher zu mir gekommen und haben sich bei mir Rat und Auskunft geholt?“ fragte kürzlich anlässlich eines Streikes ein Arbeitgeber eine Arbeiterin, als er erfuhr, daß sie organisiert war. Wie der väterliche „Rat“ ausgefallen wäre, läßt sich leicht denken. Die Unternehmer betrachten die hilflose Frau als willkommene Ausbeutungsbild, sie ist gewöhnlich billiger und williger als der Mann, sie duckt sich eher, wo jener muckt. Daher die Liebe! Aber als reife Frucht fallen die Errungenschaften niemand in den Schoß. Jeder Fuß breit auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen will erkämpft werden. Darin hinein in die Organisationen! Frauen, Mädchen, organisiert euch, nur dann könnt ihr eine wirksame Verbesserung eurer Lage erhoffen.

Rundschau.

Ein größliches Unglück ereignete sich in dem Betriebe der Firma Lemis u. Chaymann in Hannover. Dort kam am 13. d. M. eine Kollegin mit der Hand in eine Ziegelbrudrpress, sodas ihr der Arm bis zum Ellenbogen amputiert werden mußte. Mit der Maschine werden Rechnungen für Cases gedruckt und zugleich geflanzt. Die Arbeiten werden im Afford ausgeführt. Der Mangel einer ordentlichen Schutzvorrichtung soll auch hier wieder die Ursache des Unfalles sein.

Ausperrung im Leipziger Buchhandel. Die Buchhandlungsmarkthelfer in Leipzig stehen seit Wochen in einer Lohnbewegung, die durch die geringen Angekändnisse der Unternehmer zu keinem befriedigenden Abschluß kommen konnte. Die Markthelfer beschlossen deshalb, die Forderungen dem Leipziger Gewerbegericht zu unterbreiten, das einen Spruch fällen sollte, dem sich die Markthelfer ohne weiteres fügen wollten. Dieses Angebot lehnten die Unternehmer, organisiert im Buchhändler-Hilfsverband, ab und verhängten am Sonnabend kurzerhand die Aussperrung über die Markthelfer und Arbeitsburden. Etwa 500 bis 600 Mann sind nun seit Montag ausgesperrt, darunter Arbeiter, die bereits 25 bis 30 Jahre im Betriebe tätig waren. Es ist jetzt im Buchhandel, namentlich in der Leipziger Zentrale, Hochkonjunktur und die Buchhändler suchen bereits in

richtig zeigt hier Schiller den innigen Zusammenhang auf, der zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung, politischer Unterdrückung und sittlicher Verfallstammung der herrschenden Klassen besteht.

Abermals sozialistisch gedacht sind auch diese Sätze:

„Der Genuß wurde von der Arbeit, das Mittel vom Zweck, die Anstrengung von der Belohnung geschieden. Ewig nur an ein einzelnes kleines Bruchstück des Ganzen gefesselt, bildet sich der Mensch nur als Bruchstück aus, ewig nur das eintönige Geräusch des Rades, das er antreibt, im Ohre, entwickelt er nie die Harmonie seines Wesens, und anstatt die Menschheit in seiner Natur auszuprägen, wird er bloß zu einem Ausbruch seines Geschäfts, seiner Wissenschaft.“

Selbst heute vermöchte man die kapitalistischen Schattenseiten des segensreichen Prinzips von der Teilung der Arbeit nicht berechtigt zu schildern!

Auch die Entstehung des Staates erklärt Schiller aus dem „Zwang“ materieller Bedürfnisse heraus; „die Not richtete denselben nach bloßen Naturgesetzen ein, ehe er (der Mensch) es nach Vernunftgesetzen konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

der bürgerlichen Presse unorganisierte Mitarbeiter. Die Ausgesperrten appellieren an die Solidarität der Arbeiter und erziehen um Ablehnung von Arbeitsangeboten nach Leipzig.

Große Tarifkündigungen im Holzgewerbe. Für 50 000 Beschäftigte in 53 Städten hat der Arbeitgeberverband der Holzindustrie die Tarifverträge zum 15. Februar 1913 gekündigt.

Seitdem das moderne Tarifvertragswesen im Holzgewerbe seinen Eingang gefunden hat, haben die Unternehmer nichts unversucht gelassen, dieses Vertragswesen nach den Bedürfnissen und Interessen ihrer Organisation zu formen und zu gestalten. Ihnen ist der Tarifvertrag nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, und zwar zu dem Zweck, ihre Organisation damit vorwärts zu bringen, ihre Agitation zu beleben und agitatorische Erfolgsmöglichkeiten zu verbinden. Mit demselben Augenblick, wo nach dieser Seite der Erfolg versagt, ist das Interesse der Unternehmer und ihrer Organisation an einem wirklichen Tarifvertragsverhältnis erloschen, ihre ganze Mitarbeit dabei ist nur noch eine unfreiwillige und von einer Ausgestaltung, von einem Ausbau und einer Weiterentwicklung der vertraglichen Einrichtungen und Instanzen ist alsdann keine Rede mehr.

Die durch die Unternehmer injizierte Bewegung erstreckt sich auf folgende Orte: Amberg, Bamern, Berlin einischl. 45 Vorort, Bernau, Benken, Brandenburg, Braunschweig, Bromberg, Burg b. M., Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Eberswalde, Erfurt, Götting, Göttingen, Greifswald, Guben, Gr.-Schönau, Halle, Hannover, Harburg, Hildesheim, Höchst, Kattowitz, Kiel, Köln a. Rh., Königshütte, Krav. b. Essen, Krefeld, Langensöls, Leipzig, Lübbenau, Lübeck, Lüneburg, Luckenwalde, Magdeburg, München, Neisse, Oldenburg, Posen, Potsdam, Quedlinburg, Rendsburg, Spandau, Stettin, Stargard i. P., Schwerin, Weizen, Thorn, Zeitz und Zittau.

In all diesen Orten stehen die Arbeiter wie Unternehmer von jetzt ab in der ungewissen Erwartung: wird es am 15. Februar zum allgemeinen Kampf kommen? So nahe auch die Gefahr eines beratigen Kampfes liegen mag, für die organisierten Holzarbeiter liegt keine Ursache vor, sich vor den Konsequenzen zu fürchten oder ängstlich zurückzuziehen, denn hinter ihnen steht der Deutsche Holzarbeiterverband mit 200 000 opferbereiten Kämpfern und einer gut fundierten Kriegskasse.

Ein katholischer Arbeiterssekretär als Streikbrechervermittler. In der Schuhfabrik an Striegan stehen 91 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen im Streik, weil die Firma trotz der allerendendsten Löhne, die in dem Betrieb üblich sind, keinerlei Entgegenkommen verweigerte.

Wie jetzt mitgeteilt wird, hat ein katholischer Arbeiterssekretär, ein Vertreter der Berliner Richtung, die Anwerbung von Streikbrechern für die bedürftige Firma in die Hand genommen. Für was sonst wären denn auch die „Berliner“ da?

Große Ebbe in den evangelischen Arbeitervereinskassen. Wie bürgerliche Blätter zu melden wissen, ist sämtlichen Arbeiterssekretären der evangelischen Arbeitervereine im Königreich Sachsen bis auf einen gekündigt worden, da es zu ihrer Unterhaltung an Geldmitteln fehle. Man hofft jedoch, bis zum Ablauf der Kündigungsfrist durch erhöhte Mitgliederbeiträge die erforderlichen Mittel zusammenzubringen.

Eine drohende Geschichte, die der „Druckerarbeiter“, das Organ unseres bayerischen Bruderverbandes, mitteilt, kam kürzlich vor dem Wiener Gewerbegericht zum Austrag.

Ein Werkführer hatte dort die Firma S. Gasterhaedt, Plattieranstalt, auf Zahlung einer Kündigungsentschädigung von 308,33 M. verklagt. Der Kläger, der mit einem Wochenslohn von 50 M. bei der Firma in Arbeit stand, war aus einem etwas merkwürdigen Grund entlassen worden. Eines Tages war bei der Firma ein an ihn gerichteter Brief abgegeben worden, den der Inhaber der Firma, Bernhard Löwy, in Gegenwart des Werkführers in der Meinung öffnete, es handle sich um eine geschäftliche Angelegenheit. Dieser Brief, der von einer gleichfalls bei Gasterhaedt bediensteten Arbeiterin stammte, trug folgende Aufschrift: „Mein Liebes, süßes Mami!“ Herr Löwy las nichts als die Aufschrift und glaubte daraus auf eine Liebesbriefchen der Arbeiterin und dem Werkführer schließen zu können. Er übergab dem Werkführer den Brief, erklärte aber zugleich sowohl ihn als auch die Arbeiterin für entlassen. In Wirklichkeit hatte es mit dem Brief folgende Bewandnis: Die Arbeiterin, die in Kürze heiraten sollte, hatte

den Werkführer gebeten, bei ihrer Hochzeit Trauzeugen zu sein. Er hatte auch zugesagt, und in dem Brief erinnerte die Arbeiterin den Werkführer an sein Versprechen und bat ihn, den Trauungstermin, der in dem Brief gleichfalls angegeben war, nicht zu vergessen. Das alles stand in dem Brief und Herr Löwy hätte das alles auch aus dem Brief entnehmen können, wenn er ihn zu Ende gelesen und sich nicht bloß damit begnügt hätte, die Aufschrift zu lesen. Die scherzhafte Aufschrift aber hatte die Arbeiterin nur in übermütiger Laune gewählt. Herr Löwy in seinem blinden Eifer entließ also beide. Mit der Arbeiterin, die ihn gleichfalls beim Gewerbegericht verklagt hatte, glich sich Herr Löwy in der Verhandlung aus. Bei dem Werkführer behauptete er, daß dieser sich bereit erklärt habe, wieder bei ihm in Arbeit zu treten. Ueber diesen Umstand wurden zwei Zeugen vernommen. Davon gab der Zeuge Reiba an, der Kläger sei in die Werkstatt gekommen und habe auf die von mehreren Arbeitern an ihn gerichtete Frage, ob er wieder zu arbeiten anfange, mit „nein“ geantwortet. Das Gewerbegericht gab der Klage statt und der über-eifrige Herr wurde zur Zahlung der verlangten Summe verurteilt.

Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Rußland. Das Organ der russischen Metallarbeiter gibt einige Auszüge aus der amtlichen Statistik über die Streiks (die Statistik spricht von „Sabotagen“) des Jahres 1911 wieder. Danach hat deren Zahl und Umfang gegen das Vorjahr stark zugenommen. Insgesamt wurden 466 Bewegungen, darunter 24 „zu politischen Zwecken“, verzeichnet. In den wirtschaftlichen Bewegungen hatten sich 96 730 Arbeiter und 830 an den politischen Demonstrationen beteiligt, die insgesamt 782 000 Arbeitstage verloren. Um Lohnfragen handelte es sich in 330 um die Arbeitszeiterhöhung in 41, um andere Fragen in 62 Fällen 122 Bewegungen endeten mit vollem, 136 mit teilweisem Erfolge, während die Arbeiter in 184 Fällen unterlagen. So ungeheuer südenhaft diese Uebersicht auch ist, so zeigt sie doch, daß auch die brutalsten Unterdrückungsmethoden den Kampf der Arbeiterklasse nicht verhindern können.

Spanien. Wie schon gemeldet, will der Gejehentwurf, den die liberale Regierung den Cortes zur Regelung der Eisenbahnerverhältnisse vorlegte, das Streikrecht der Eisenbahner gänzlich abschaffen. Gegen diesen Versuch hat sich nun neben der sozialistischen Partei — Maura, der frühere liberale Ministerpräsident und jetzige Führer der liberalen Minorität, gewandt! Den Versuch der Regierung bezeichnete er als ungerecht, da das „heilige Recht“ zum Streiken nicht angetastet werden dürfe, ferner als überflüssig, da das Gesetz vom Jahre 1909 genüge, um Auswüchsen entgegenzutreten, und endlich als unwirksam und gefährlich, weil es zu plötzlichen und dadurch revolutionären Streiks führen müsse. Katholische Politiker, die in Belgien, Frankreich und Deutschland gegen die volle Koalitionsfreiheit der Eisenbahner sind, werfen sich also in Spanien plötzlich zu ihrem Verteidiger auf.

Vereinigte Staaten. Roosevelt ist Mitglied des Buchdruckerverbandes, während die Maurer vor Jahren Last zum Mitgliede ernannten, so daß beide auch als „Gewerkschaftler“ auftreten können. Ein Teil der Maurer verlangt nun den Ausschluß Lasts, weil er sich der Arbeiterklasse gegenüber unanständig betragen habe. Ob aus dem Ausschlusse noch vor der Wahl etwas würde, bleibt sehr fraglich. — In den Fabriken des Lapeten-Trustes streiten die Drucker und Farbennischer, was die weitere Arbeitsniederlegung von 5000 anderen Arbeitern zur Folge haben kann. Es handelt sich um Erneuerung des Tarifvertrages. — In Chicago droht ein Streik von 35 000 Bauarbeitern, um eine Lohalerhöhung zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund zu zwingen. Solche Streiks gegen andere Gewerkschaften sind dort nichts seltenes.

Zehn Gebote für Diskussionsredner. (Ausschneiden und Auswendiglernen.) Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungsaustrausch der Versammlungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten hin klarlegen und die Versammlung zu einem bestimmten Willensentschluß hinführen.

Hieraus ergeben sich für den Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat.
1. Rede nur, wenn du was weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst. Sonst blamiert dich

und belästigt die Versammlung. Nur der ist verpflichtet zu reden, der was zu sagen hat.

2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und spreche dich darüber aus. Durch unsachliche und nebenfällige Diskussionsreden werden in der Regel die Versammlungen in die Länge gezogen und ihr Zweck vereitelt.

3. Greife bestimmte Punkte aus dem Vortrage heraus! Hüte dich, über alles Vorgebrachte reden zu wollen! Das ist Sache eines Korreferenten. Ueber einzelne Punkte läßt sich in Kürze etwas Neues sagen, über alles kann man in der Diskussion nur schwagen.

4. Wiederhole nicht bereits Gesagtes; habe den Mut, aufs Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst und deine Vortragsstoffe den Stoff wegenommen haben. Du vergißt dir dadurch gar nichts, sondern gewinnst in den Augen des denkenden Versammlungsteilnehmers.

5. Mache es kurz! Keine lauge Einleitung, direkt aufs Ziel los, präzise Ausführung dessen, was man sagen will, das gibt der Diskussionsrede die Würze. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu fassen.

6. Halte keine Pöbelrede! Mit persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen trägt du immer mehr zur Klarlegung der Sachlage bei, als wenn du nur Befehle oder gar Pöbel aus Zeitungen, Büchern und Aussprüchen von Rednern vorleäst.

7. Rede nicht im „Ich“-Stil! Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schließlich anwidernenden Ton zu verfallen: „ich habe dies oder jenes gesehen“, „ich bin der und der Kerl“, „ich habe dies und das getan“ usw. Die Redner im „Ich“-Stile werden bald nicht mehr ernst genommen.

8. Fordere nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt damit du deine Mut an dieser oder jener anwesenden oder nichtanwesenden Person oder Partei ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Radaußeren und Versammlungsausschüßungen.

9. „Ich habe gesprochen“ oder „Dies meine Ausführungen“ sind höchst überflüssige Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit zäher Ausdauer anwendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und keinen wirkungsvollen Schlußsatz findet, der höre ohne weiteres auf.

10. Rede nicht immer! Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufheult, wenn sie das Rednerpult besteigen. — „Natürlich, der wieder“, muß auch seinen Senf dazutun“ usw. Das Beste hat dann keinen Wert mehr. Man muß auch schweigen können, in seinem und im Interesse anderer.

Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet: Herford 65.45, Kempten 56.61, Straßburg i. Elz. 37.35, Stuttgart 1012.05 M. S. Lodaht.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Bahnhalle Leipzig.

Sonntag, den 1. Dezember, nachm. 1/2 3 Uhr im Etablissement „Civoli“, Windmühlenslr. 14/16

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Erfolge der Gewerkschaften, ihre Freunde und Feinde. Referent Kollege Bucher, Berlin.
2. Unsere Tarifbewegung und Mitteilung über Vereinsangelegenheiten.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Unläßlich der in den maßgebenden Betrieben 3. St. eingeführten Schicht- und Ueberstundenarbeit sieht sich der Vorstand veranlaßt, die Mitglieder Sonntags zur Versammlung zu rufen, um zu den wichtigsten Fragen in der Gesamtheit Stellung zu nehmen. Wir erwarten von unseren Mitgliedern nicht nur vollzähliges Erscheinen, sondern auch, daß Nichtmitglieder zum Besuch dieser Versammlung eingeladen werden.

Der Gesamtvorstand.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 47.

Berlin, den 23. November 1912.

18. Jahrgang.

Behördliche Maßnahmen bei Streiks — im eigenen Interesse der Streikenden.

Die konservative Kreuzzeitung konnte vor kurzem in zuverlässiger Weise schreiben, daß immer weitere Kreise sich für die Notwendigkeit eines verstärkten Schutzes der Arbeitswilligen ausgesprochen hätten und daß sich die Regierung allem Anschein nach „den in der Tat dringenden Wünschen nach einer solchen Maßnahme“ kaum noch lange werde entziehen können. Nun hat es in den Reihen der organisierten Arbeiter einen Zweifel darüber gegeben, daß die Wünsche der Scharfmacher nach einem verstärkten Arbeitswilligenschutz in der Tat außerordentlich dringende sind. Hat es sich doch nur zu deutlich gezeigt, daß die behördlichen Maßnahmen bei Arbeitskämpfen immer zugunsten der Unternehmer ausliefern. Es ist den Unternehmern ganz einfach darum zu tun, daß auf die kämpfenden Arbeiter ein scharfer behördlicher Druck ausgeübt wird — der Arbeitswilligenschutz muß dazu nur den unvermeidlichen Vorwand abgeben, um zu vermeiden, daß sich die behördlichen Maßnahmen nicht auf den ersten Wink als gegen die organisierten und kämpfenden Arbeiter herausstellen und die Öffentlichkeit nicht gegen das Unternehmertum und die Behörden einengen werden. Denn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für das Wohl der Arbeitswilligen besteht im Ernst gar nicht. Das haben auch führende Scharfmacher und ihre Organe zugegeben, indem sie mit ihrem Ausspruch: „Schon die bloße Gegenwart der Streikposten beeinträchtigt die persönliche Freiheit der Arbeitswilligen“ den wahren Zweck „der in der Tat dringenden Wünsche“ nach einem verstärkten Arbeitswilligenschutz aufzeigten. Vielmehr ist es dahin gekommen, daß durch das einseitige und übertriebene Eingreifen der Behörden zugunsten arbeitgeberfeindlicher Unternehmer sowie durch eine tendenziöse Streikjustiz unbegrenzte Großmannsjucht und gemeingefährlicher Uebermut unter die arbeitswilligen Elemente getragen wurde. Konnte sich doch ein Arbeitswilliger, der am 15. September d. J. in Burg bei Magdeburg einen unbeteiligten Arbeiter vor dem Grundstück einer bestreikten Firma erschoss, herausnehmen, sich dem Polizeibeamten gegenüber mit den Worten zu legitimieren: „Ich habe geschossen, ich bin Arbeitswilliger bei der Firma Wolff“.

Wenn nun die organisierten Arbeiter angesichts dieser Sachlage zu der Forderung gelangen: Nicht Schutz den Arbeitswilligen, sondern Schutz vor den Arbeitswilligen, so handeln sie natürlich nach der Darstellung des Bürgertums in vollständiger Verleumdung der Dinge. Stellen die Behörden es doch obenrein so dar, als ob der verschärfte Arbeitswilligenschutz im ureigensten Interesse der — Streikenden selbst läge! So heißt es in einer amtlichen Bekanntmachung des Stadtrates und der Amtshauptmannschaft zu Dessau i. B. vom 17. Oktober d. J., die sich mit dem eben erst ausgebrochenen Ausstand der Arbeiter dreier Leppichfabriken beschäftigt: „Ohne zu diesem Kampfe irgendwie Stellung zu nehmen (?), wollen die unterzeichneten Behörden nicht unterlassen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in der Stadt und in den umliegenden Landgemeinden sowie auch im Interesse der Streikenden (?), noch ausdrücklich vor jeder Verleumdung des Publikums, insbesondere (!) auch der Arbeitswilligen (!), sei es durch Handlungen oder Worte, die Beleidigungen oder Drohungen enthalten, wie z. B. Streikbrecher (!) u. a., in wohlmeinender Weise nachdrücklich zu warnen. Den Wessungen der hieher kommandierten Genbarmerie (!) und der Organe der städtischen Polizei und der Land-

gemeinden ist unbedingt sofort (!) Folge zu leisten.“

Diese Bekanntmachung sieht denn doch nicht danach aus, als ob sie im Interesse der Streikenden selbst läge; noch weniger aber erscheinen dadurch die behördlichen Maßnahmen in einem der Arbeiterbewegung günstigerem Lichte. Vielmehr ist die ganze Ungeheuerlichkeit und Furchtbarkeit der behördlichen Maßnahmen und der Streikjustiz aufgezeigt, wenn die beiden unterzeichneten Behörden die Streikenden vor dem Wort „Streikbrecher“ ganz besonders und eindringlich in „wohlmeinender Weise“ warnen zu müssen glauben. Dieser Eindruck wird noch vervollständigt durch folgenden, ebenfalls in der angezogenen amtlichen Bekanntmachung enthaltenen Satz: „Die Arbeitswilligen haben einen Anspruch auf behördlichen Schutz und können darauf rechnen (!), daß ihnen solcher in vollem Maße (!!) gewährt wird.“ Und die Streikenden? Haben diese nicht den gleichen Anspruch auf behördlichen Schutz? Muß dieser ihnen nicht ebenfalls in vollem Maße gewährt werden? Warum enthält die Bekanntmachung davon kein Wort und warum wird der Schutz der Arbeitswilligen in so unerkennbar abschätziger Weise betont? Um die Streikenden einzuschüchtern! Die organisierten und kämpfenden Arbeiter wissen nur zu gut, was sie von einer solchen behördlichen Bekanntmachung zu halten haben. Das heißt nichts anderes als: Schaut die wertvollen Arbeitswilligen in nicht schief an und nennt sie nicht beim rechten Namen, sonst bricht die ganze Strenge und Furchtbarkeit des Gesetzes und des kapitalistischen Staates über euch herein! Die Strenge des Gesetzes, die dem letzten großen deutschen Bergarbeiterkampfe auf dem Fuße folgte und ausgehungerte Bergarbeiterfrauen mit ihren Säuglingen in das Gefängnis wandern ließ, weil sie in gerechter Entrüstung über das verräterische Verhalten der Arbeitswilligen das Wort „Streikbrecher“ aussprachen! Und wie verhält es sich denn in Wahrheit mit der Unparteilichkeit der Behörden bei Arbeitskämpfen? Der Schein soll zwar immer gewahrt werden, doch die organisierten Arbeiter wissen aus Erfahrung, was sie davon zu halten haben. Erst in jüngster Zeit wurde ein schriftlicher polizeilicher Befehl bekannt, der einen Polizisten im September d. J. nach Tilsit berief und der mit dem Satz begann: „Sie werden hiermit nach Tilsit zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert.“ Diese Sprache war dem Kampf- und Klassenbewußten Proletariat längst kein Geheimnis mehr, es ist aber nützlich, wenn sie erwiesen werden kann. Wo es gilt, die Interessen des Unternehmertums gegen hungernde Arbeiter zu schützen, da ist der Klassenstaat mit seinem Machtmittel schnell bei der Hand. Gift es aber, Leben und Gesundheit der Arbeiter gegen die massenmörderischen Ausbeutungsmethoden des Kapitalismus zu schützen, so bedarf es jahrelangtelanger zäher Kämpfe der Arbeiterschaft, um den Staat zu einem, noch dazu unzureichenden und zaghaften Einschreiten zu bewegen. Das hat weder mit einer objektiven und unparteiischen Haltung etwas zu tun, noch liegt es „im eigensten Interesse der kämpfenden Arbeiter selbst“.

Die organisierte Arbeiterschaft aber zieht ihre Lehren und Schlußfolgerungen aus der Haltung und dem Vorgehen der staatlichen Organe. Und wenn hervorragende Scharfmacherblätter berichten können, daß sich die Regierung allem Anschein nach den dringenden Wünschen nach einem neuen Ausnahme- und Zuchthausgesetz gegen das organisierte Proletariat nicht mehr länger entziehen wird, so werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen dadurch nur noch mehr in der Erkenntnis bestärkt, daß sie in ihrem gerechten Kampfe für eine bessere und wahrhaft menschenwürdige Lebenshaltung nie und nimmer erlaßenen dürfen, daß sie vielmehr mit umso größerem Eifer

dafür wirken müssen, die vom herrsch- und gewinnlüstigen Unternehmertum irreführten und mißbrauchten Klassengenossen für die hohen Ziele echten Menschentums und wahren Völkerrfriedens zu gewinnen. Je größer das organisierte Heer der Arbeit ist, desto machtloser müssen die Gewaltmittel des Klassenstaates sein, die schließlich zum Segen des ganzen Volkes, ja der ganzen Menschheit an dem sieghaften Einheitswillen des Klassenbewußten Proletariats elend zugrunde gehen müssen! Hoch die Solidarität, die die Arbeit und die Völker befreit, die einem jeden Volksgenossen auch zum Nutznießer der Errungenschaften und Kulturgüter macht, die auf der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes beruhen.

Klagende Hände!

II.

Der mangelnde Ernst, der unsere Unfallversicherungsgesetzgebung auszeichnet, läßt es denn auch geschehen, daß von den 201 Betrieben, die zum wiederholten Male bestraft worden sind, nur zwei sich bemüht haben, den Anordnungen der Aufsichtsbeamten nachzukommen. In 58 Betrieben waren bei der Vorbeachtung zusammen 575 Mängel festgestellt worden, bei der Wiederbeachtung waren es noch immer 342. In 7 Betrieben blieb sich die Zahl der geringen Mängel mit 38 solcher gleich und in 134 Betrieben mußte eine ganz wesentliche Verschlechterung konstatiert werden: Bei der Vorbeachtung ergaben sich 1119 Mängel, bei der Wiederbeachtung aber fanden sich 2353. Und doch wurden nur in 17 Fällen Selbststrafen in Höhe von 1—6 Mk. über die gegen den Unfallschutz verstoßenen Kinder verhängt. Und da scheint es auch noch, als wenn der größte Teil dieser Strafen sogar gegen Arbeiter verhängt worden wäre, denn der Bericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft besagt hierüber: „Ein großer Teil der Mängel fällt, wie leider sehr häufig, der Gleichgültigkeit, der Unachtsamkeit und dem Leichtsinn der Arbeiter zur Last, die sich durch vorgekommene Unfälle belehren lassen sollten. In 213 Fällen (Vorjahr 181) ist die Entfernung vorhandener Schutzvorrichtungen beobachtet worden. Die Beteiligten wurden eindringlich auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht und auf die Nachteile, denen sie sich aussetzen, hingewiesen. Bei den Beschäftigten läßt sich eine absichtliche Entfernung höchst selten feststellen; wo solche ermittelt wurde, sind die Strafbestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften zur Anwendung gebracht worden.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „In 17 Fällen, in denen durch die Unfallverhandlung eine absichtliche Entfernung von Schutzvorkehrungen bzw. andere Verstöße der Versicherten gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt worden waren, sind die Betroffenen durch die Vorstände der zuständigen Krankenkassen mit 1 bis 6 Mk. Strafe belegt worden.“ Sollte unser Schluß aus dieser Darstellung richtig sein — woran zu zweifeln zunächst kein Anlaß vorliegt — dann wäre die Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse durch die Aufsichtsbeamten und der Krankenkassen eine außerordentlich krasse. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß selbst Arbeiter sich dazu hergeben, Schutzvorrichtungen zu entfernen und damit die Unfallgefahren zu steigern und es wird weiter wohl auch vielfach richtig sein, daß sie in den allerwenigsten Fällen durch ihre Vorgesetzten zu dieser sie selbst gefährdenden Handlung direkt aufgefordert worden sind. Wie spielt sich denn aber ein solcher Vorgang in der Wirklichkeit ab? Das Jeteru der Unternehmer über die Schutzvorkehrungen ist fast bekannt und wenn ein solcher in Gegenwart des Arbeiters wiederholt über die angeblich die Produktion einschränkende Wirkung derselben geschimpft hat, dann weiß eben der Arbeiter, was

